

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvoorschritt 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Lage in Griechenland.

Venizelos auf der Fahrt nach Saloniki. — Die Wirkung des Russischangriffs auf England. Zwölf englische Fischdampfer von einem Unterseeboot versenkt.

Jahrestage des Weltkriegs.

26. September 1915. Südwestlich von Velle Gegenangriffe; die feindliche Offensive zum Stillstand gebracht. — Bei Souchez und Arras 2025 Engländer gefangen. — Vor Dinaburg 1900 Russen gefangen. — Der englische Sozialist Keir Hardi gestorben.

Die neuesten Meldungen.

Die Lage in Griechenland.

Athen, 25. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Venizelos ist heute früh, begleitet von Admiral Kourkouriotis, mehreren höheren Offizieren und Anhängern, von hier abgefahren, wahrscheinlich nach Areta, von wo er sich nach Saloniki begeben dürfte. Die Lage in Aethien ernst.

Saag, 26. September. Der Berater König Konstantin, Streit, protestiert in einem Telegramm aus Athen an die Times gegen die Vorwürfe, die das Blatt gegen die Person Streits erhoben hat. Streit sagt: Er sei erkrankt, das Blatt diese Angriffe ohne irgendwelche Beweise gegen jemanden erhebe, der vertrauliche Funktionen ausübe und die Gunst seines Königs genieße. Streits politische Tätigkeit in Griechenland wird in dem Augenblick klar enthüllt werden, in dem bestimmte Dokumente veröffentlicht werden. Die Morningpost dagegen sagt: Streit, der Deutschgesinnte, erweist sich der Gunst seines Königs, ebenso wie das deutschgesinnte Kabinett, bei dessen Bildung Streit eine besondere Rolle gespielt habe. (Frankf. Blg.)

Zum letzten Zeppelinangriff auf London.

Rotterdam, 26. September. (Z. U.) Die Times sagt über den Luftangriff: Der erste Eindruck ist, daß die Verteidigung gegen Luftangriffe gebessert ist. Die Zeppeline können nicht mehr strafflos das Land überfallen. Wir werden nicht zufrieden sein, bevor es unmöglich sein wird, über unsre Küste zu kommen, sei es denn bei Strafe der Vernichtung. Das Ideal ist keinesfalls unerreichbar. Wir erwarten, daß nach wenigen Monaten die Luftangriffe aufhören werden.

Amsterdam, 26. September. (Z. U.) In der Londoner Daily Mail schildert ein Augenzeuge den Abbruch des Zeppelin in der Stadt Essex. Der Augenzeuge will dabei gewesen sein, wie die Mannschaft des Zeppelin aus den Gondeln kletterte und behauptet, die Deutschen sogar auf ihrer Wanderung durch das jumpige Gelände bis zum nächsten Dorf begleitet zu haben. In seinem Bericht heißt es u. a.: Das Luftschiff fiel zufällig zehn Schritt von einem Landhause und etwa 100 Schritt von einem Bauernhause entfernt nieder, ohne daß jemand hierbei verletzt wurde. Die Wache war schon vor dem Sturz durch das Geräusch der Maschinen auf das Luftschiff aufmerksam geworden und sah, wie es sich in der Richtung des Meeres in einer Höhe von 100 Fuß fortbewegte. Plötzlich machte der Zeppelin kehrt, flog landeinwärts, kreiste beim Niedergehen die Baumkronen und landete. Die Leute stiegen auf die Erde, in gebrochenem Englisch fluchend. Keiner von der Befragung war verletzt. Der Kommandant klopfte an die Türe des Landhauses. Man hörte noch einige Explosionen, wodurch einige Fensterscheiben zertrümmert, jedoch niemand verletzt wurde. Nur einem Kettenhund wurde das Haar verbrannt. Die Deutschen begaben sich darauf landeinwärts und schossen ihre Revolver in die Luft ab. Von allen Seiten strömten nun Leute herbei, auch die Dorfpolizei erschien auf dem Platze. Eine Abteilung der Bürgerwache hielt die Deutschen an. Man rief ihnen ein gebieterisches Halt zu, worauf eine tiefe Stimme antwortete und nach dem Weg fragte. Man wies den Fremden den Weg, folgte ihnen aber, bis man beim Dorfe der Polizei und einer zweiten Abteilung der Bürgerwache begegnete, wo man den Deutschen nun mitteilte, daß sie gefangen wären. Der Kommandant gehorchte. Er bat, nach dem Postamt gehen zu dürfen, um von dort einem Bekannten in London zu telegraphieren, daß dieser seine Frau davon benachrichtige, daß er gerettet sei. Der verunglückte Zeppelin verpuffte in einer Länge von etwa 700 Fuß den Weg, die Hülle hängt auf den Bäumen, vom Gerippe ist nicht mehr viel zu sehen. Heute hat man Karten und Anweisungen gefunden, die von den Deutschen vor der Landung fortgeworfen worden waren.

Die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Rechte auf der Reichskonferenz.

Unser gestriger Artikel über die Reichskonferenz hat die Bedeutung der Tagung für die Partei untersucht. Heute wollen wir sie aus einem andern Gesichtswinkel betrachten. Die Stellung der Partei zur Kriegspolitik ist nicht bloß entscheidend für das Schicksal der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung für Jahrzehnte hinaus, sie wirkt auch ein schweres Gewicht in die Waagschale, in der das Schicksal des Krieges selbst gewogen wird. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege ist von höchster Bedeutung für die Beantwortung der Frage, ob sie die Verpflichtung erfüllt, die ihr der Befannte und in dieser Zeit viel erörterte Beschluß des Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresses vom Jahre 1907 auferlegt, und damit auch für die andre Frage, ob sie das ihrige, das nach ihren Kräften Mögliche tut, um das Ziel zu erreichen, das die starke Sehnsucht aller einzelnen und aller Völker ist: die Beendigung der Selbstzerfleischung der Menschheit, die Wiederaufrichtung der gemeinsamen Kulturarbeit.

Rechte wie Linke der Partei erklären, daß sie für die Beendigung des Weltkrieges arbeiten wollen. Keine will die Verantwortung für eine Politik haben, die den Krieg verlängert. Aber jede Seite wirft der andern vor, daß ihre Politik diese Wirkung habe. Wer hat recht?

Zwei Wege gibt es zur Beendigung des Krieges, hat Genosse Haase auf der Konferenz ausgeführt. Der eine geht über das Schlachtfeld; er wird beschritten durch die militäristische Methode, die im wesentlichen die Methode der bürgerlichen Welt ist. Sie sucht den Frieden, indem sie die Gegner durch die Gewalt der Waffen niedermacht und ihnen den Frieden, seine Bedingungen diktiert. Der andre Weg ist der der Verständigung, der internationalen Verhandlung; er ist jener, welcher der Sozialdemokratie eigen war und eigen sein soll, der ihrem Wesen entspricht; er führt zu einer Beendigung des Krieges, die für alle Teile ehrenvoll ist, die Vergewaltigung irgendeines Volkes oder Volksteils ausschließt.

Den ersteren Weg will die Rechte der Partei gehen, den zweiten beschreitet die Opposition.

Die Rechte erklärt, daß sie ihren Weg gehen muß, weil die andern nicht wollen, weil die Sozialisten Frankreichs und Englands alle ihre Verständigungsversuche zurückgewiesen haben. Sie vergißt nur, daß man Verständigung nicht fördern kann mit den Waffen in der Hand, daß die Gegner kein Angebot annehmen wollen, hinter dem die Forderung steht, daß sie sich als die Unterlegenen unterwerfen müssen. Solange die Rechte der deutschen Sozialdemokratie die Politik der Regierung unterstüzt, die den Frieden auf Grund der Kriegskarte will, so lange werden die Verständigungsanerbietungen der Rechte den Sozialisten der gegnerischen Länder verdächtig, unannehmbar erscheinen. Erst dann wird es zur sozialistischen Verständigung und zur allseitigen Einwirkung in ihrem Sinne auf die Regierungen kommen können, wenn die Sozialdemokraten gegenüber den Regierungen wieder volle Unabhängigkeit erlangt haben, wenn sie Verantwortlichkeiten abgeschüttelt haben, die niemals ihre Verantwortlichkeiten hätten sein dürfen. In diesem Werk arbeitet die sozialdemokratische Opposition hier wie drüben der Vogeisen und des Kanals. Kann sie die Rechte nicht zur Umkehr bewegen, so wird sie die Messe der Sozialisten nach und nach von jener ablösen und zu ihrer Fahne sammeln müssen.

Die Rechte verweist auf die Sozialisten der gegnerischen Länder, die ihren Regierungen ebenso entschlossen folgen, wie die sozialistische Rechte Deutschlands den Vätern Bethmann Hollwegs, die die Erüberungsgelüste der Regierenden und der bürgerlichen Parteien ihrer Länder ebensogut verdauen, wie die deutsche Rechte die Vernunft des Reichslänglers auf die Kriegskarte und andre einseitige Forderungen Bethmann Hollwegs. Aus dieser nationalen Sackgasse, in die sich das einst internationale Proletariat Europas verirrt hat, kann der Ausweg nur gefunden werden, wenn eines ihrer nationalen Glieder den Anfang macht mit entschlossener Umkehr. Und welches wäre mehr dazu berufen, als das deutsche Glied! Mit welchem Recht

rief Genosse Haase der Reichskonferenz zu, daß wir deutschen Sozialisten nicht fragen dürfen, was die andern tun; wenn wir Vorkämpfer der Internationale sein wollen, so haben wir den andern voranzugehen!

Die deutsche Opposition ist vorangegangen. Aber sie ist noch eine Minderheit, oder erscheint wenigstens so nach der Zahl der Abgeordneten, die in ihrem Namen stimmen. Ihr Beispiel hat daher auch nur eine Minderheit in Frankreich zur Nachfolge bringen können. Je stärker die Opposition hier wird, um so stärker wird sie auch drüben werden.

Betrachtet man nach alledem die Kriegspolitik der Rechte, die sie auf der Reichskonferenz in der Resolution David erneut festgelegt hat, so erkennt man, daß sie keinen Schritt zu dem Wege der Verständigung bedeutet, daß sie vielmehr neue, fast unübersteigbare Hindernisse auf diesen Weg gewälzt hat. Denn diese Resolution David, die nach einem treffenden Wort der Genossin Duncker in allem den Geist der nationalitätlichen Ideologie atmet, in der kein Hauch des internationalen proletarischen Geistes zu spüren ist, diese Resolution David fettert die sozialdemokratische Rechte Deutschlands aufs neue fest an die Regierung Bethmann Hollwegs. Sie gibt ihr aufs neue freie Hand in der Kriegführung — in einem Moment, wo die stärksten politischen und wirtschaftlichen Kräfte des bürgerlichen Lagers dabei sind, die Regierung in einen neuen rücksichtslosen U-Boot-Krieg mit all seinen unabsehbaren internationalen Folgen hineinzutreiben —, sie gibt dieser Regierung, die sich ernstlich einem Ausbruch der Schwerverbände und Groharnndbesitzer ausgesetzt sieht, in diesem Moment die beruhigende Versicherung, daß sie der sozialdemokratischen Rechte jedenfalls sicher ist, daß sie eine Forderung von dieser Seite, die Bedingung der Kriegskarte fallen zu lassen, einen Frieden rein und klar ohne Annexionen anbietet, nicht zu befürchten hat. Diese Resolution sagt der Regierung, daß die Sozialdemokratie sie unentwegt als eine Regierung des Verteidigungskrieges betrachtet, trotz allem, was Herr v. Bethmann Hollweg an Erklärungen von sich gegeben hat, die zu dieser Auslegung passen, wie ein Faß Dynamit zum Anzettelken. Wie das im Auslande, im bürgerlichen wie im sozialistischen, wirken muß, das voraussehen, erfordert wirklich keine Prophezeiung. Diese Resolution, die die sehr unbedeutende Ueberschrift „Zur Friedensfrage“ trägt, ist, wie Genosse Bernstein mit vollem Recht gesagt hat, das schlimmste Hindernis für eine Verständigung unter den Sozialisten der kriegführenden Länder, für eine internationale sozialistische Friedensbewegung.

Aber diese Resolution protestiert doch gegen Eroberungspläne! Freilich, das tut sie. Das ist in diesem Zusammenhang ebenso wirksam, wie die moralische Verwarnung und Verurteilung des armen Sünder, den man durch Elend und Verwahrlosung erst hat schuldig werden lassen. Man kann nicht Wasser mit Feuer mischen! Entweder — oder heißt es! Hier muß die Rechte wissen, was die Linke tut!

Die Resolution David ist die Verurteilung der Kriegspolitik der Rechte, die Rechtfertigung der Politik der Opposition!

Weizenernte und U-Boot-Krieg.

In der kommenden Reichstagstagung wird die nicht sonderlich rühmlich bekannte U-Boot-Frage wieder aufstehen und die Köpfe erregen. Die Anhänger des „U-Boot-Krieges“ unter brutalster Durchführung desselben“, wie der Geheim Kommerzienrat Aretling in skandalös schlechtem Deutsch verlangt, haben ein neues Argument: sie ziehen aus der schlechten Weizenernte den Schluß, daß es ein leichtes sein müsse, die an sich schwere Getreideversorgung der Verbandsmächte ganz unmöglich zu machen.

Tatsache ist, daß die Weizenernte auf der nördlichen Halbkugel sehr schlecht ausgefallen ist, besonders in England, Frankreich und Rußland. Die schlechte Ernte in Rußland scheint uns nur beschränkte Bedeutung zu haben, da die russische Ausfuhr gesperrt ist und die Schwierigkeiten der russischen Lebensmittelversorgung auch bei schlechter Ernte mehr auf den Unzulänglichkeiten des Verkehrswesens als auf tatsächlichen Mangel beruhen. Allerdings kann es eben wegen der Verteilungsschwierigkeiten zu ge-

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 25. September befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.